

Debatte: Perspektiven nur mit mehr Klarheit

von Stephan Klecha

Im Spätherbst 2013 hat man eine SPD erleben können, wie sie lebendiger kaum sein könnte. Ob in den Regionalkonferenzen, den Arbeitsgemeinschaften, den Ortsvereinen oder den sozialen Netzwerken: Überall hat man vernommen, wie intensiv sich die Parteimitglieder mit dem Verhandlungsergebnis zur großen Koalition befasst haben. Die hohe Beteiligung beim Mitgliedervotum hat das überdeutlich unterstrichen. Die SPD hat dabei ihre Diskussionsbereitschaft wiederentdeckt, ein fast vergessenes Gut in dieser eigentlich so streitsamen Partei.

Das Für und Wider einer Großen Koalition hat der SPD die gründliche Analyse erspart, warum sie wieder ein so historisch schlechtes Bundestagswahlergebnis eingefahren hat. Dafür ist die Partei – zurecht – sogar ein bisschen stolz, dass sie ihre Souveränität gegen all die Antiparteienreflexe verteidigt hat, die im Staatsrecht oder in den Redaktionsstuben fröhlich rauf und runter dekliniert werden.

Doch wenn sich all die zwischenzeitliche Euphorie bei den Sozialdemokraten gelegt haben wird, wird sie sich rasch in den Mühen des Regierungsalltags wiederfinden und dabei vor allem registrieren, dass sie als Juniorpartner einer großen Koalition ein strategisches Problem hat. Ihre Profilierungsmöglichkeiten sind begrenzt: Nur drei Mal ist es in der Geschichte der Bundesrepublik am Ende gelungen, aus dieser Position heraus hinterher den Regierungschef zu stellen.

Wenn die SPD dieses Mal besser abschneiden will, muss sie nicht nur eine Wahlkampf- und Koalitionsstrategie für 2017 finden. Sie muss auch inhaltlich klären, welche große Erzählung sie anstoßen will, die über den Koalitionsvertrag hinausreicht. Wenn man die 150 Jahre sozialdemokratische Geschichte



↳ Dr. Stephan Klecha ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Uni Göttingen. Er lebt in Hannover.

Foto: privat

Revue passieren lässt, geht es nicht nur um pragmatisches Regierungshandeln, Gestalten oder um positive Veränderungen im Alltag der Menschen. Vielmehr bedurfte es stets der Wärme eines Lagerfeuers, das eine große Erzählung entzündete. Vielleicht ist das auch das größte Problem der SPD im Augenblick, denn es ist kaum jemand da, der dieses personifiziert. Steinmeier, Steinbrück, Oppermann, Scholz, mit Abstrichen auch schon Schröder waren beziehungsweise sind Technokraten der Macht. Solche Personen braucht man im Regierungsgeschäft zweifelsohne. Sie können auch die Anerkennung der Partei genießen, siehe Helmut Schmidt. Doch sie brauchen Personen an ihrer Seite, die intellektuell und habituell den Bogen von den Notwendigkeiten der Macht zu den Sehnsüchten der Utopie spannen können. Daran hat es in den vergangenen Jahrzehnten gefehlt. So führten die Männer an der Spitze der Partei sie erst in die Agenda 2010, dann in die Rente mit 67 und nun wieder aus all dem irgendwie heraus, dafür in eine grundsätzlich ungeliebte Koalition hinein. Nur wozu? Wohin? Mit welchem langfristigen Ziel?

Der Koalitionsvertrag bietet dazu keine Antworten. Über alle Politikfelder hinweg muss man konstatieren, dass es den Koalitionären nicht gelungen ist, Metabotschaften,

Leitmotive oder inspirierende Ideen zu benennen. Einerseits verliert sich das Werk im verständlichen Klein-Klein von durchaus komplizierten Detailregelungen, wie in der Gesundheitspolitik, in der Kleinigkeiten oftmals einen milliardenschweren Effekt haben. Andererseits neigt der Vertrag aber auch dazu, fehlende Ideen und Lösungsansätze in epischer Breiter und schönster Lyrik auszuschnürceln. Anders ausgedrückt, mit weniger als 185 Seiten hätte man auch nicht weniger geregelt.

Es gibt also im Koalitionsvertrag eine weit verbreitete Neigung, regelrecht zu schwafeln. Der Part, in dem es um die Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft geht, sticht besonders heraus. Man kann ihn wie folgt zusammenfassen: „Befristete Verträge in der Wissenschaft gibt es halt, finden wir zwar blöd, können wir aber auch nicht ändern. Wird schon werden.“ Wie man aber stattdessen in knapp 900 Zeichen zum Ausdruck bringt, dass man wahrscheinlich nichts machen wird, ist sicherlich einen Preis für beredetes Labern wert. An dieser Stelle handelt es sich noch nicht mal um eine reine Stilfrage. Die Tatsache, dass mittlerweile 90 Prozent der Stellen für den wissenschaftlichen Mittelbau befristet sind und zugleich Mobilität verlangt wird (die man übrigens ausbauen will), führt dazu, dass die obige Formulierung von wohl allen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als zynisch wahrgenommen wird. Hier wäre es ehrlicher gewesen, einfach nichts zu schreiben.

Ebenso störend sind die vagen Absichtserklärungen, die man quasi als laufendes Geschäft einer Regierung betrachten kann. Beispiele dafür gibt es zuhauf:

- „Wir wollen darauf hinwirken, dass deutlich mehr Fahrradfahrer Helm tragen.“ Muss man in einem Koalitionsvertrag wirklich festschreiben, dass der zuständige Minister gerne eine Kampagne

starten kann, aber sonst nichts geändert wird?

- „Die gegenwärtig möglichen Verpflichtungszeiten des Freiwilligen Wehrdienstes werden überprüft und gegebenenfalls angepasst.“ Irgendwie ist es doch selbstverständlich, dass man schaut, ob Instrumente funktionieren oder nicht? Aber die Koalition scheint sich dessen nochmals rückversichern zu wollen.
- „Wir werden deshalb den Schutz vor Verkehrslärm deutlich verbessern und Regelungen für verkehrsträgerübergreifenden Lärmschutz an Bundesfernstraßen und Bundesschienenwegen treffen.“ Auch das eine echte Überraschung. Man hat wohl bei den Koalitionsparteien befürchtet, die Leser würden denken, dass die neue Regierung es besser findet, wenn große Autos viel Krach machen.

Hätte man sich stattdessen Gedanken gemacht, unter welche Leitmotive man das Regieren zu stellen gedenkt, wäre vieles gewonnen. Strukturell fällt das einer großen Koalition natürlich schwer. Trotzdem müssen die beteiligten Parteien ihren Anhängern ein Angebot liefern, das über das ungeliebte Bündnis hinausreicht.

Dabei kommt es nicht darauf an, das volksparteiliche „Catch-them-all“ zu reaktivieren, wie es im Koalitionsvertrag den Anschein erweckt. Mitunter ist es klüger, sich zu konzentrieren. Sowohl SPD als auch die Unionsparteien müssen ihren inhaltlich-ideologischen Standpunkt klar herausarbeiten. Gerade dort, wo man es eben nicht allen Recht machen kann oder will, sollte man keine Hoffnungen nähren, die am Ende unbegründet sind. Das schützt vor Enttäuschungen. ■